

## Gemeinden/Städte/Regionen

### STADT LAUSANNE

**Lausanne engagiert sich gegen den Rassismus und für die Menschenrechte**

Im Mai dieses Jahres hat die Stadt Lausanne formell die Absicht erklärt, der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus sowie deren in zehn Punkten abgefasstem Aktionsplan beizutreten. Die von der UNESCO 2004 gegründete Koalition zielt darauf ab, ein Netz von Städten aufzuziehen, die daran interessiert sind, im Rahmen eines gegenseitigen Erfahrungsaustausches ihre Politiken des Kampfes gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenhass zu verbessern. Im Juli hat die Stadt Lausanne auch die Europäische Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt unterzeichnet. Die Unterzeichnerstädte dieser Charta wollen die Grundprinzipien der von den Vereinten Nationen 1948 verabschiedeten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte „in einem Kontext räumlicher Nähe“ umsetzen. Mit diesen Beitritten unterstreicht der Stadtrat seinen Willen, einige der grundlegenden Menschenrechte auf Gemeindeebene herunter zu brechen und tatkräftig zu verwirklichen.

[www.unesco.org/shs/villescontreracisme](http://www.unesco.org/shs/villescontreracisme)

[www.aidh.org/Europe/Charte\\_des\\_DH.htm](http://www.aidh.org/Europe/Charte_des_DH.htm)

Informationen: M. Jean-Pierre Allamand, chef du service des études générales et des relations extérieures, Escaliers du Marché 2, case 3280, 1002 Lausanne, Tel.: 021 315 24 10, E-Mail: [jean-pierre.allamand@lausanne.ch](mailto:jean-pierre.allamand@lausanne.ch)

### INHALT

<b>Bundesebene</b>	<b>2</b>
<b>Kantone</b>	<b>7</b>
<b>Gemeinden/ Städte/ Regionen</b>	<b>17</b>
<b>Internationales</b>	<b>23</b>
<b>Forschung</b>	<b>26</b>
<b>Agenda/ Verschiedenes</b>	<b>30</b>

**Lausanne garantiert illegal anwesenden Migrantinnen und Migranten grundlegende Rechte**

In Lausanne befinden sich vier- bis sechstausend Ausländerinnen und Ausländer ohne Aufenthaltsbewilligung. Diese Personen leben in ausserordentlich prekären Umständen. Das Faktum, dass sie sich unter Zuwiderhandlung gegen das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer in der Schweiz aufhalten, schliesst diese MigrantInnen nicht von jeglichem Rechtsschutz aus. Die Verfassung des Kantons Waadt, die schweizerische Bundesverfassung, die Europäische Menschenrechtskonvention und die UNO-Abkommen über die wirtschaftlichen und bürgerlichen Rechte enthalten Bestimmungen, die auch auf diese Personen anwendbar sind.

(Fortsetzung siehe folgende Seite)

# Gemeinden / Städte / Regionen

## STADT LAUSANNE

**Lausanne garantiert illegal anwesenden Migrantinnen und Migranten grundlegende Rechte**

*Fortsetzung*

Unter diesem Gesichtspunkt hat der Stadtrat beschlossen, dafür zu sorgen, dass auch Ausländerinnen und Ausländer ohne Aufenthaltserlaubnis Zugang zu Leistungen finden, die zur Aufrechterhaltung der Menschenwürde unerlässlich sind, wie z.B. in Notlagen ein schützendes Dach, eine ausreichende Mahlzeit oder Zugang zu Leistungen in den Bereichen Gesundheit und Erziehung.

[www.lausanne.ch/view.asp?DocID=15926](http://www.lausanne.ch/view.asp?DocID=15926)

[www.lausanne.ch/clandestins](http://www.lausanne.ch/clandestins). Zusätzliche Auskünfte: Mme Silvia Zamora, directrice de la sécurité sociale et de l'environnement, pl. Chauderon 7, case 5032, 1002 Lausanne, Tel. 021 315 72 00, [silvia.zamora@lausanne.ch](mailto:silvia.zamora@lausanne.ch)

**Interkulturelle Öffnung der Verwaltung**

Aufgrund ihres hohen ausländischen Bevölkerungsanteils sind die Städte in einem besonderen Ausmass für Kommunikations-schwierigkeiten, die sich zwischen Verwaltung und zugewanderten Personen ergeben können, sensibilisiert. Diese Feststellung führt die Stadt Lausanne dazu, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine zweitägige Weiterbildung anzubieten, deren Ziel es ist, die Kommunikation mit Migrantinnen und Migranten, die Gefahr laufen, aufgrund ihrer Herkunft, ihres Aussehens, ihrer Rechtsstellung, ihres Glaubens oder ihrer Kultur Opfer von Vorurteilen oder Klischees zu werden, zu verbessern. Die Ausbildungsveranstaltung *Migrantinnen und Migranten verstehen, um besser mit ihnen zu kommunizieren* ist in hohem Mass auf die praktischen Berufs- und Lebenserfahrungen der Teilnehmenden ausgerichtet. Sie möchte diese Personen nicht nur sensibilisieren und über die Wirklichkeit, mit der die Zugewanderten konfrontiert werden, informieren, sondern ihnen namentlich ihre Arbeit erleichtern, indem sie ihnen einschlägige Lektüre verschafft sowie auch praktische Instrumente, mit denen sich Konfliktsituationen vermeiden oder besser bewältigen lassen. Drei Kurse werden im Jahr 2005 für das Personal der Stadt Lausanne organisiert. Ab 2006 bietet das Centre d'éducation permanente de la fonction publique (CEP) diese Kurse den Mitarbeitenden und Verwaltungsangestellten der übrigen Waadtländer Gemeinden an. Infos: [www.cep.vd.ch](http://www.cep.vd.ch). Zusätzliche Auskünfte erteilt: Agnès Rochat, déléguée à la formation du personnel, Hôtel de Ville, pl. de la Palud 2, case 3280, 1002 Lausanne, Tel. 021 315 23 50, E-Mail: [agnes.rochat@lausanne.ch](mailto:agnes.rochat@lausanne.ch)

## INHALT

<b>Bundesebene</b>	<b>2</b>
<b>Kantone</b>	<b>7</b>
<b>Gemeinden/ Städte/ Regionen</b>	<b>17</b>
<b>Internationales</b>	<b>23</b>
<b>Forschung</b>	<b>26</b>
<b>Agenda/ Verschiedenes</b>	<b>30</b>

### STADT LAUSANNE

#### Die zentrale Rolle der Städte bei der Integration der Ausländerinnen und Ausländer

Der vom Schweizerischen Städteverband am 2. und 3. September dieses Jahres durchgeführte Städtetag stand dieses Jahr unter dem Thema *Die Städte, Zeugen der sozialen Evolution*. Die Themen der Tagung lauteten unter anderem: Sicherheit in der Stadt, Neue Armut und Integration der Ausländer/innen. In ihrem Referat mit dem Titel *Die Integration der Ausländer/innen, eine zentrale Aufgabe für die Städte (L'intégration des étrangers: un rôle central pour les villes)* unterstrich Frau Silvia Zamora, Stadträtin von Lausanne, die besondere Verantwortung der Städte als Orte des Empfangs und der ersten Etappe der Eingliederung von Neuankommenden (primo-arrivants). Da sich die Neuankommenden in den Stadtzentren konzentrieren, bekommen die Städte rasch die menschlichen und sozialen Auswirkungen der auf Bundesebene beschlossenen Migrationspolitik zu spüren. Das Referat brachte auch deutlich zum Ausdruck, dass die von den Städten erbrachten bedeutenden Leistungen zur Integration der Zuwandernden auch den übrigen Gemeinden, dem Kanton und dem ganzen Land zugute kommen. Abschliessend wies Frau Zamora auf die Notwendigkeit hin, die Integrationskosten gerechter zwischen Städten, Kantonen und Bund zu verteilen. [www.staedteverband.ch/](http://www.staedteverband.ch/)  
Zusätzliche Auskünfte: Mme Silvia Zamora, directrice de la sécurité sociale et de l'environnement, pl. Chauderon 7, case 5032, 1002 Lausanne, Tel. 021 315 72 00, E-Mail: [silvia.zamora@lausanne.ch](mailto:silvia.zamora@lausanne.ch)

### INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	17
Internationales	23
Forschung	26
Agenda/ Verschiedenes	30